08.000331 (09/044)
Reg. 21/-00

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Police Bern – Welche Bilanz zieht der Gemeinderat nach einem Jahr Einheitspolizei?

Gemäss Artikel in der Zeitung „Der Bund“ vom 11. Oktober 2008 hat der bernische Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (FDP) anlässlich der Hauptversammlung der Entente Bernoise Kritik am Gemeinderat geübt. Wir gehen davon aus, dass die Aussagen von Herrn Käser korrekt wiedergegeben worden sind.
Herr Käser stellte offensichtlich fest, dass es in Bern nun keine Saubannerzüge mehr gebe. Unter anderem hat Herr Käser offen gelegt, dass er sich in die politische Lagebeurteilung des Gemeinderates einmischt, sogar Druck auf den Gemeinderat ausgeübt hat. Zudem verletzen seine Äusserungen betreffend die Verwendung der Synergiegewinne die Gemeindeautonomie.

Die in diesem Zusammenhang gemachten Äusserungen lassen auf ein gespanntes Verhältnis zwischen Gemeinderat, Kantonspolizei und Polizei- und Militärdirektion schliessen.
In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wann wurde in der Stadt Bern zum letzten Mal ein Saubannerzug durchgeführt?
2. Wer ist für die Erteilung einer Demobewilligung zuständig?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat seine Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei?
4. Ist eine Einmischung des Kantons in die politische Lagebeurteilung des Gemeinderates statthaft?
5. Wie beurteilt der Gemeinderat die im Artikel kolportierte Bemerkung von Regierungsrat Käser „Endlich sagt uns die Politik, was wir vor Demos zu tun haben“.
6. Wusste die ehemalige Stadtpolizei nicht, wie sie sich bei Demos zu verhalten hatte?
7. Trifft es zu, dass der Regierungsrat im Vorfeld der Anti-WEF Demo vom 19. Januar 2008 den Stadtpräsidenten aufforderte, die Bewilligung für die Demo zurückzuziehen?
8. Wenn ja, wie beurteilt der Gemeinderat die Tatsache, dass der Kanton Druck auf den Gemeinderat ausübt?
9. Steht schon heute fest, dass die Stadt Bern bei den Neuverhandlungen des Ressourcenvertrages für die Leistungen der KAPO tiefer in die Tasche greifen muss oder wie kommt Herr Käser zu dieser Behauptung?

Bern, 16. Oktober 2008

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Markus Lüthi, Gisela Vollmer, Annette Lehmann, Beni Hirt, Miriam Schwarz, Giovanna Battagliero, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Ursula Marti, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Christof Berger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Thomas Göttin, Stefan Jordi

Antwort des Gemeinderats

Die fraglichen Äusserungen anlässlich der Hauptversammlung der Entente Bernoise konnte auch der Gemeinderat lediglich der Tagespresse entnehmen. Verschiedene Aussagen waren irreführend und trugen polemische Züge. Dies veranlasste den Gemeinderat zu entsprechenden Klarstellungen gegenüber dem Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern.

Die in der Interpellation gestellten Fragen lassen sich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:
Ein Saubannerzug im herkömmlichen Sinn fand in der Stadt Bern seit Jahren nicht mehr statt.

Zu Frage 2:
Seit 1. Januar 2008 ist das Polizeiinspektorat der Stadt Bern für die Behandlung von Kundgebungsgesuchen und deren Bewilligung zuständig.

Zu Frage 3:
Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Kantonspolizei kann grundsätzlich als gut bezeichnet werden. Auch im Jahr 2008 konnte die Sicherheit in der Stadt Bern auf einem hohen Niveau gewährleistet werden und dies trotz des aufwändigen Integrationsprozesses der kommunalen Polizeiorgane in die Kantonspolizei sowie dem Grossanlass EURO 08. Nicht immer einfach zu handhaben sind die Schnittstellen zwischen strategisch-politischer und operativer Ebene.

Zu Frage 4:
Der Gemeinderat erachtet es als nicht statthaft, dass sich der Kanton in die politische Lagebeurteilung des Gemeinderats einmischt.

Zu Frage 5:
Eine solche Bemerkung erweckt den falschen Eindruck, dass die Stadtpolizei vor der Fusion mit der Kantonspolizei nicht mit der nötigen Klarheit geführt wurde. Das Gegenteil war der Fall. Das Polizeicorps der Stadt Bern genoss seit jeher dank seiner Erfahrung insbesondere mit Kundgebungen schweizweit einen guten Ruf. Das hatte nicht zuletzt mit der klaren und professionellen Führung der Stadtpolizei durch den Gemeinderat und die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie zu tun.

Zu Frage 6:
Siehe Antwort zu Frage 5.

Zu Frage 7 und 8:
Nein. Die Stadt selbst gelangte zum Schluss, dass die Bewilligung zu widerrufen ist. Die bereits erteilte Bewilligung wurde aufgrund einer veränderten Lagebeurteilung (Organisator distanzierte sich nicht von Gewalt und militanten Aktionen, nationale Mobilisierung, hohes Sicherheitsrisiko) durch die Bewilligungsbehörde (Polizeiinspektorat) nach Rücksprache und in Übereinstimmung mit dem Stadtpräsidenten und den Gemeinderatsmitgliedern, dem zuständigen Regierungsrat und der Kantonspolizei widerrufen.

Zu Frage 9:
Die Stimmberechtigten haben der Abgeltung der Polizeileistungen gemäss Ressourcenvertrag am 11. November 2007 zugestimmt. Das erste Jahr der Einheitspolizei ist gerade erst abgelaufen. Die Erfahrungen eines einzigen Jahres mit der Einheitspolizei genügen nicht, um Vor-

und Nachteile des Ressourcenvertrags sowie der finanziellen Entschädigung an den Kanton zu prüfen. Ausserdem ist das Jahr 2008 wegen der EURO 08 nur bedingt aussagekräftig. Die Frage nach einer Anpassung des Ressourcenvertrags lässt sich frühestens im Jahr 2010 beurteilen. Bei dieser Beurteilung wird auch massgebend sein, dass die Stadt Bern schon heute mit Abstand die höchsten Sicherheitskosten im ganzen Kanton zu tragen hat: Fr. 231.00 pro Einwohner bzw. Einwohnerin (Biel: Fr. 187.00, Thun Fr. 88.00). Eine Anpassung der Abgeltung im Ressourcenvertrag kann sich allenfalls auch im Sinne einer Kostenreduktion für die Stadt entwickeln.

Bern, 11. Februar 2009

Der Gemeinderat